



Der Senator für
Justiz und Verfassung



hoppenbank e.V.



Soziale Dienste der Justiz
im Lande Bremen



WIENET – ÜBER DIE VERNETZUNGSARBEIT IM BEREICH WIEDEREINGLIEDERUNG VON STRAFFÄLLIGEN IN BREMEN

23. DBH Bundestagung
Straftat – Verurteilung – Und dann?

Heidelberg

09.-11.10.2018

Eduard Matt



AUSGANGSSITUATION - KLIENTEL

- Schlechte Ausgangssituation der Klientel
 - Mehrfachauffälligkeiten - bei mehreren Institutionen anhängig
 - Geringe schulische und berufliche Kompetenzen;
 - Drogenproblematik, auffälliges Sozialverhalten
 - Meist Langzeitarbeitslos, dauerhafter Bezug von Hartz IV
 - Hohe Rückfallquoten; ‚Drehtür-Klientel‘
 - Hoher Anteil mit Migrationshintergrund
- Heterogenität der Klientel
 - Leicht wiedereingliederbar (Vorurteile abbauen u.a.)
 - Wiederherstellung von Beschäftigungsfähigkeit
 - Beschäftigung / Tagesstrukturierung (für nicht mehr oder nur sehr begrenzt arbeitsfähige Personen) (Grenze SGB II – SGB XII)
 - Weitere spezifische Bedarfe
- Großteil der Klientel ist gekennzeichnet durch Soziale Marginalisierung (leichte bis mittlere Deliktschwere) / Soziale Problematiken
- Praktische Aspekte:
 - Einsichtig
 - Mitwirkungsbereit
 - Typisch: Rückzug bei Krisen / Problemen
 - Veränderungsmotivation
 - Freiwilligkeit/Zwangskontext
 - ‚Herausfordernde Beziehungsgestaltung‘



Der Senator für
Justiz und Verfassung



hoppenbank e.V.



Soziale Dienste der Justiz
im Lande Bremen

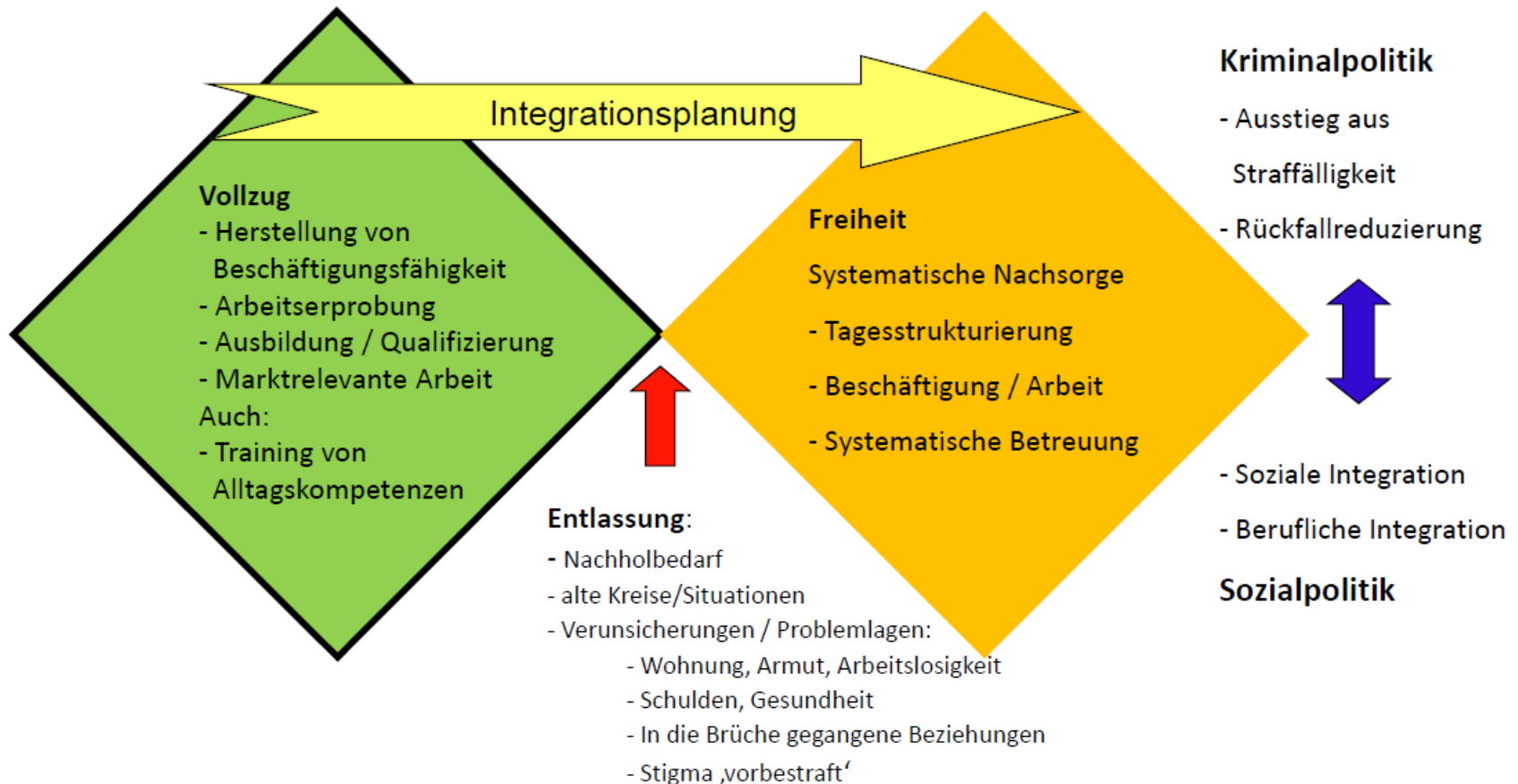


AUSGANGSSITUATION - RAHMENBEDINGUNGEN

- Bereich Straffälligenarbeit / Klienten / Ex-Strafgefangenen
 - „they all come back“
 - Beziehungskontinuität, Vermeidung von Beziehungsabbrüche / Das ‚Entlassungsloch‘
 - Vermeidung eines ‚unkoordinierten Nebeneinanders‘ von Maßnahmen / Interventionen
 - Notwendigkeit der Nachsorge
- Flickenteppich von Maßnahmen und Zuständigkeiten; Vielfalt der Unterstützungsstrukturen und Betreuungsmöglichkeiten
 - ‚keine (übergreifenden) Resozialisierungs-Struktur‘
- Problem: Alle Maßnahmen enden mit dem Verlassen der JVA
 - Notwendigkeit, über die Mauern hinweg zu denken
- Entwicklung eines Übergangsmagements
 - Durchgehende Betreuung
- Arbeitsmarktorientierung im Bereich Straffälligenhilfe

INTEGRATIONSPLANUNG UND ÜBERGANGSMANAGEMENT

- EINZELFALLORIENTIERES ASSESSMENT (RISIKEN, BEDARFE, STÄRKEN)
- SYSTEMATISCHE BERUFSBILDUNGSPLANUNG, DURCHGEHENDE BETREUUNG





Der Senator für
Justiz und Verfassung



hoppenbank e.V.



Soziale Dienste der Justiz
im Lande Bremen



DIMENSIONEN DES ÜBERGANGSMANAGEMENTS

- Auf der (Einzel-)Fall-Ebene:
 - Assessment (Bedarfe, Risiken), Motivation, Berufswegeplanung
 - Intervention; Bedarfsgerechte Reaktion; Durchgehende Betreuung
 - Einzelfallorientierung /Fallsteuerung aus einer Hand
 - Beratung, Betreuung, Unterstützung
 - Qualifikation, Training, Bildung und Beschäftigung
 - Einbindung in soziale Netzwerke
- Auf der organisatorischen Ebene:
 - Herstellung angemessener Arbeitsformen für die Umsetzung der Strategien der Wiedereingliederung
 - Organisationsentwicklung, Case Management; Datentransfer und Datenschutz
 - Koordination der Anforderungen unterschiedlicher Institutionen; Schnittstellenproblematiken
 - Netzwerk-Arbeit; Arbeit mit anderen Institutionen; Rahmenbedingungen vor Ort; Zuständigkeiten
- Auf der gesellschaftlichen Ebene:
 - Die Umsetzung einer Wiedereingliederungspolitik (Integrationspolitik)
 - Bereitstellung von entsprechenden Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten
 - die Verbesserung der Bereitschaft der Zivilgesellschaft, Ex-Straffällige wieder aufzunehmen; Soziale Einbindungen schaffen; Abbau von ‚Vorbehalten‘ bei Arbeitgebern und in der Gesellschaft
 - Rechtlicher Rahmen (z.B. Sozialgesetzgebung, Landesresozialisierungsgesetz); Finanzen



Der Senator für
Justiz und Verfassung



hoppenbank e.V.



Soziale Dienste der Justiz
im Lande Bremen



ERSTE KOOPERATIONSVEREINBARUNGEN JUSTIZ - ARBEITSAGENTUREN

- Schleswig-Holstein
 - Vereinbarung über Eckpunkte für ein „Arbeitsmarktliches Beratungskonzept für Gefangene in schleswig-holsteinischen Justizvollzugseinrichtungen“ (06.09.2010)
- Hessen
 - Integrationsvereinbarung im Rahmen des Übergangsmanagements im hessischen Strafvollzug (vom 13.10.2011)
- Bayern
 - Kooperationsvereinbarung (02.10.2012)
- Bremen
 - Kooperationsvereinbarung (01.05.2012)
- Nordrhein-Westfalen
 - Übergangsmanagement für (ehemalige) Gefangene. Kooperationsvereinbarung (10.05.2012)



DISKUSSION IM STRAFVOLLZUGSAUSSCHUSS DER LÄNDER

- Leistungsbescheidung von Ansprüchen des SGB II, III und XII vor der Entlassung muss gesetzlich gewährleistet sein.
 - Überbrückungsgeld wird als Einkommen und nicht als Vermögen gewertet.
 - Bescheide für Leistungen liegen i.d.R. zum Entlassungszeitpunkt nicht vor.
 - Die örtlichen Zuständigkeiten von Sozialleistungsträgern sind gesetzlich ungenügend definiert.
- Die arbeitsmarktorientierte Beratung, Berufsorientierung und Qualifizierung von Gefangenen ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Justizvollzug, Agenturen für Arbeit und Jobcentern.
 - Möglichkeit der Beratung im Vollzug schaffen
- Bereitstellung geeigneten Wohnraums bei Entlassung
 - Verbesserung der Möglichkeiten der Erhaltung von Wohnraum
 - Vorabzusicherung über die Mietkostenübernahme für Transferleistungsberechtigte vor der Entlassung
- Abklärung der versicherungsrechtlichen Ansprüche auf suchttherapeutische Maßnahmen für die Zeit nach einer Entlassung durch die jeweiligen Versicherungsträger
 - Keine Kostenzusage vor Entlassung – keine vorzeitige Entlassung ohne Kostenzusage
- Die krankenversicherungsrechtlichen Zuständigkeiten sollten bereits konkret vor der Entlassung entschieden sein.
- Die Bereitstellung von Personalausweisen und anderen Ausweispapieren muss bundesweit einheitlich ohne eine persönliche Vorstellung außerhalb des Vollzuges erfolgen.
 - Meldestellen formal für Strafgefangene nicht zuständig (PAusWG, Satz 2 zu § 1 Abs. 2)



Der Senator für
Justiz und Verfassung



hoppenbank e.V.



Soziale Dienste der Justiz
im Lande Bremen



BREMEN: SITUATION WIEDEREINGLIEDERUNGSSTRATEGIE

- Seit Beginn 2000 mit dem Projektverbund Chance
 - Fokus hier erst einmal: Schaffung eines Förderkorridors der schulischen und beruflichen Maßnahmen innerhalb der Haft (erste e-learning Maßnahmen)
 - Hier vor allem: Kooperation Freie Träger - JVA
 - Mit dem Teilprojekt Berufshilfe aber auch erste Anlaufstelle außerhalb der Haft vorhanden (Vermittlung in Ausbildung und Beschäftigung)
- Chance: Ab ca. 2005 erster Aufbau in Richtung eines Übergangsmanagements
 - Maßnahmen in Haft als unzureichend angesehen, so keine Anschlussmöglichkeit außerhalb der Haft vorhanden sind
 - Betreuungsarbeit ebenso im Übergang und der Zeit danach notwendig.
 - Schaffung erster Maßnahmen außerhalb der Haft (Beschäftigung, Betreuung)
 - Ab 2007 unter dem Begriff Übergangsmangement
- Weitere Projektstrukturen und Entwicklungen
 - Projektverbund EQUAL (2002-2007) (diverse Projekte zur schulischen und beruflichen Wiedereingliederung von Gefangenen; ab ca. 2005 auch mit dem Fokus auf Übergang)
 - 2005 Schaffung des RESO-Nordverbundes (die Strafvollzugsabteilungen der Justizministerien norddeutsche Bundesländer kooperieren im Feld Wiedereingliederung von Ex-Strafgefangenen (in und außerhalb der Haft) – in Kooperation mit NRW)
 - Beschäftigungs-Maßnahmen im Rahmen der BIWAQ-Förderung (ab 2012)
 - Europäischer Austausch in weiteren Projekten
- Ab 2015: Das Projekt WieNeT



Der Senator für
Justiz und Verfassung



hoppenbank e.V.



Soziale Dienste der Justiz
im Lande Bremen



Der Senator für
Justiz und Verfassung

hoppenbank e.V.

Soziale Dienste der Justiz
im Lande Bremen



WIENET

Aufbau eines Wiedereingliederungsnetzwerkes in Bremen für ehemalige Straffällige

Integrations-Coaching

Durch eine intensive Betreuung und Beratung wird der Weg durch schwierige Lebenslagen begleitet. Die Unterstützung und Förderung soll im Berufsfindungsprozess und beim Umgang mit Behörden zur Bewältigung von Krisen und Problemlagen beitragen, damit im (Berufs-) Alltag wieder Fuss gefasst werden kann.

»Selbst der längste Weg beginnt mit einem ersten Schritt«
(chinesisches Sprichwort - Lao Tse).



Vernetzung

Die unterschiedlichen Institutionen, Behörden und Arbeitsmarktakteure, die im Prozess der Wiedereingliederung einbezogen sind, gilt es zu vernetzen. Zu nennen sind die JVA, das Jobcenter, die Freien Träger der Straffälligenhilfe, die Bildungs- und Beschäftigungsträger, die Unternehmer u.v.a. Feste Ansprechpartner sind zu bestimmen, Schnittstellenproblematiken zu erkennen und zu bearbeiten. Ein gemeinsames abgestimmtes Vorgehen ist zu formulieren. Erst ein vernetztes Arbeiten verspricht Erfolg.

Die Einzelfall-orientierte Betreuung in Verbindung mit dem Aufbau eines funktionierenden und leistungsfähigen Netzwerkes haben als Zielsetzung die Verbesserung der sozialen und beruflichen Wiedereingliederung von ehemaligen Straffgefangenen und Straffälligen.



Der Senator für
Justiz und Verfassung



hoppenbank e.V.



Soziale Dienste der Justiz
im Lande Bremen



DAS PROJEKT WIENET

Das Projekt „WieNeT – Aufbau eines Wiedereingliederungs-Netzwerkes in Bremen“ wird im Rahmen des „Programms ESF-Integrationsrichtlinie Bund – Handlungsschwerpunkt Integration statt Ausgrenzung (IsA)“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds gefördert.

- **Drei Projekt-Partner:**

- Senator für Justiz und Verfassung
- Soziale Dienste der Justiz im Lande Bremen
- Hoppenbank e.V.

- **Klienten (durch Förderprogramm vorgegeben)**

- 18-35 Jahre; langzeitarbeitslos, Straffälligenhintergrund, multiple Problemlagen, bei mehreren Institutionen anhängig, Schwierigkeiten im Umgang mit Ämtern / Behörden

- **Akquise der Klienten**

- Soziale Dienste der Justiz (Bewährung, Führungsaufsicht u.a.)
- JVA (Entlassungsvorbereitung; Offener Vollzug; Jugendanstalt)
- Freie Träger
 - Berufshilfe-Projekt, weitere Projekte / Maßnahmen der Freien Straffälligenhilfe
 - Weitere Bildungs- und Beschäftigungsträger
- Jobcenter
- Institutionen der Jugendhilfe



Der Senator für
Justiz und Verfassung



hoppenbank e.V.



Soziale Dienste der Justiz
im Lande Bremen



DAS PROJEKT WIENET

- Die Zielsetzungen:
 - auf der Fallebene
 - Verbesserung der sozialen und beruflichen Integration
 - Passgenaue und teilnehmerbezogene Interventionen / Maßnahmen entwickeln und umsetzen
 - Arbeitsmarktorientierte Wiedereingliederung (Schule, Ausbildung, Beschäftigung)
 - Verbesserung der Zusammenarbeit mit den weiteren Institutionen
 - Ausbau der Kooperationen, Vernetzungen
 - Abbau von Schnittstellenproblematiken
 - Der weitere Ausbau eines Wiedereingliederungs-Netzwerkes
 - Koordinierte Fallbearbeitung mit dem Jobcenter
 - Kooperationen zu den weiteren Trägern, Institutionen, Behörden
 - Kooperationen mit Zeitarbeitsfirmen und Unternehmen
 - Aufbau eines Ehrenamtlichen / Mentoren Netzes



Der Senator für
Justiz und Verfassung



hoppenbank e.V.



Soziale Dienste der Justiz
im Lande Bremen



DAS PROJEKT WIENET: INTEGRATIONSCOACHING

- Aktivierung straffällig gewordener Menschen (nach Haftentlassung)
- Verbesserung der Integrationsleistungen auf der Fallebene
 - Beratung, Unterstützung, durchgehende Betreuung, Motivation
 - Hilfestellung bei der Bewältigung des Lebensalltags
 - Unterstützende Begleitung bei Behördengängen, der Organisation multipler Aufgaben mit unterschiedlichen Behörden, Vermittlung und Erklärung der Vorgänge, Vervollständigung von Unterlagen, Hilfestellungen bei Antragstellungen, Beratung und Begleitung bei Bewerbungen und Vorstellungsgesprächen bei Arbeitgebern u.v.m.
 - Ansprechpartner bei akuten Problemen / Mediation (für TeilnehmerInnen, aber auch z.B. für BehördenmitarbeiterInnen, Arbeitgebern)
 - Ggf. Nachbesserungen im Qualifikationsprofil, Vorbereitungskurse, Grundwissen vermitteln, soziale Kompetenzen trainieren

Zentral: Beziehungsarbeit, Motivationsarbeit, ‚aufsuchende Arbeit‘

ERSTE ERFAHRUNGEN IM PROJEKT WIENET: ÜBERGANGSMANAGEMENT UND INTEGRATIONSCOACHING

• **Einen Job finden**

- Berufswegeplanung
- Abbau von Hindernissen
 - Umgang mit diversen Behörden
 - Einhaltung der Mitwirkungsfristen
 - Begleitung bei Behördengänge und ggf. bei Bewerbungsgesprächen
 - Klärung der formalen Voraussetzungen
 - Vermittlung zur Zeit vor allem bei Zeitarbeitsfirmen

• **Einen Job halten**

- Klärung weiterer Hindernisse
- Motivation durchhalten / Organisation des Alltags
- Wohnungssituation, Finanzen u.a.

Bei ungelösten Problemlagen: Nicht mehr zur Arbeit gehen / Kündigungen

ÜBERGANGSMANAGEMENT UND VERNETZUNG I

• Job-Center

- Auf operativer Ebene:
 - Feste Ansprechpartner in jeder Geschäftsstelle beim Jobcenter in Bremen
 - Information, Multiplikator
 - Regelmäßige Treffen mit den Ansprechpartnern (FallmanagerInnen)
 - Austausch, Problemlagen, Schnittstellen, Fortbildungen
 - Projektiert: Gemeinsame Fallbesprechungen
- Auf strategischer Ebene:
 - Teilnahme des JC an den Steuerkreis-Sitzungen des Projektes WieNeT



Der Senator für
Justiz und Verfassung



hoppenbank e.V.



Soziale Dienste der Justiz
im Lande Bremen



ÜBERGANGSMANAGEMENT UND NETZWERKARBEIT II

• Kooperation Soziale Dienste der Justiz – JVA

- Entlassungsvorbereitung, frühestmögliche Kontaktaufnahme; frühestmögliche Klärung von Problemlagen
- Regelmäßiges Treffen im Rahmen der Entlassungsvorbereitung
- Kooperation Jobcenter – JVA / Soziale Dienste der Justiz
 - Klärung Finanzen nach Haft, Finanzierung Wohnsituation; erste Überlegungen zu Beschäftigung
 - Regelmäßige Informationsveranstaltung des Jobcenters in der Anstalt

• Weitere Aktivitäten

- (Mit-)Organisation von Tagungen (z.B. zur Arbeitsmarktintegration besonders belasteter Zielgruppen (Straffällige, Flüchtlinge); 2ter Bremer Straffälligenhilfetag)
- Informationsveranstaltung/Fortbildung: Sozialrecht SGB II; Case Management (z.T. gemeinsam: Soziale Dienste der Justiz – SozialarbeiterInnen der JVA)
- Einbindung in die Community (Beteiligung an Veranstaltungen im Stadtteil u.a.)



Der Senator für
Justiz und Verfassung



hoppenbank e.V.



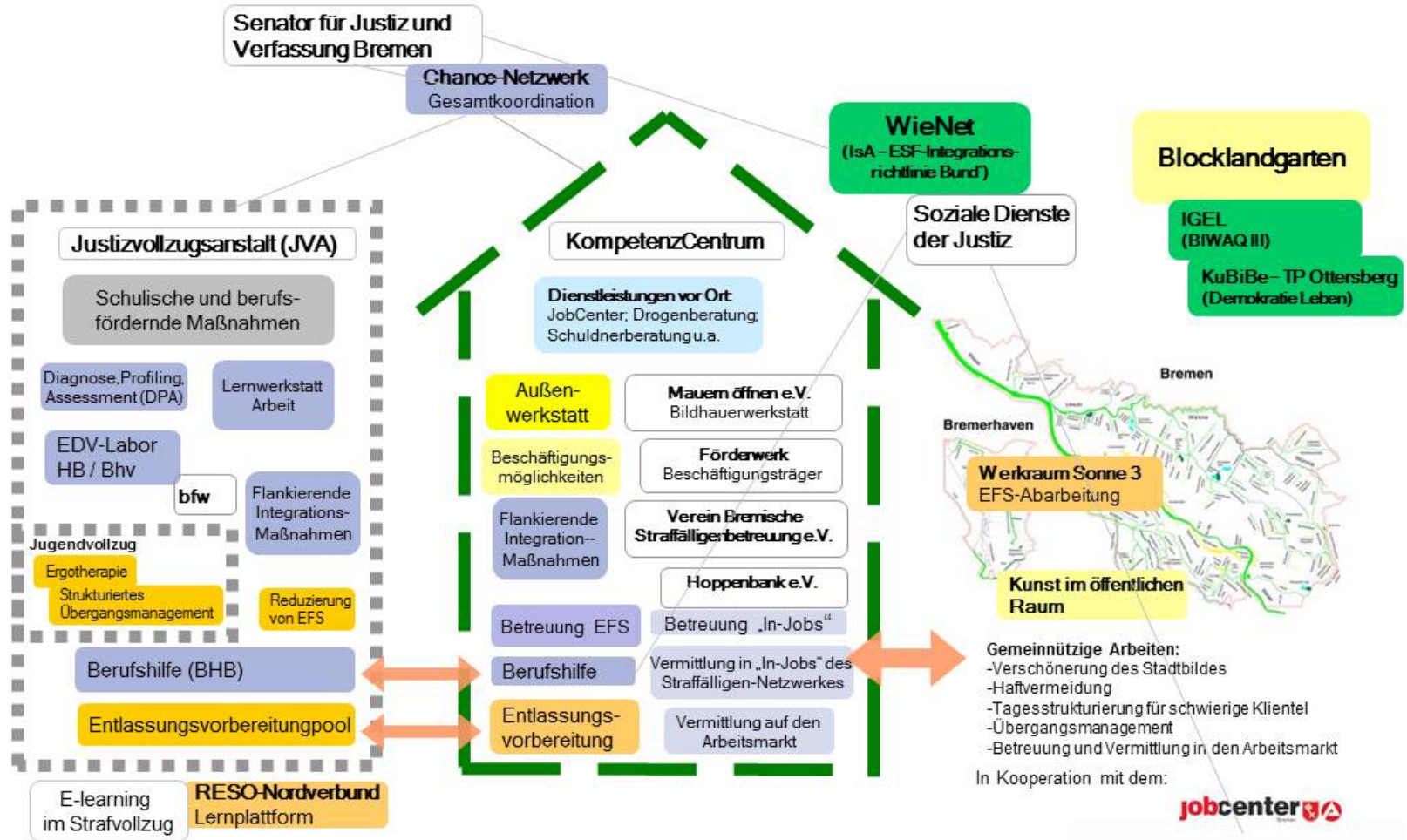
Soziale Dienste der Justiz
im Lande Bremen



ÜBERGANGSMANAGEMENT UND NETZWERKARBEIT III

- **Steuerkreis** (Justiz, JVA, Soziale Dienste der Justiz; Jobcenter, Soziales, Freie Träger, Senator für Arbeit (ESF))
 - Klärung von Schnittstellenproblematiken
 - Informationsaustausch über Entwicklungen im eigenen Bereich; Steuerung des Projektes
 - Gemeinsame Reaktion auf neue entstehende Problemlagen (aktuell z.B. Wohnungsmarkt)
 - Vermittlung des Wissens von oben nach unten und von unten nach oben
 - Problemlagen der Praxis versus soziale und politische Rahmenbedingungen
- **Spitzengespräche** mit der Leitungsebene beteiligter Institutionen
 - ‚Politik-Ebene‘
 - Initiativen
 - Strafvollzugsausschuss der Länder

DAS CHANCE-NETZWERK IN BREMEN



Chance (ESF)
Justizeigene Maßnahmen

Bundesförderung

Justizfinanzierte Maßnahmen
Andere Fördermittel-Geber

Bildungs- und Beschäftigungsträger:
Bfw - Berufsbildungswerk
Förderwerk

EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Sozialfonds
»Investition in Ihre Zukunft«



Der Senator für
Justiz und Verfassung



hoppenbank e.V.



Soziale Dienste der Justiz
im Lande Bremen



ÜBERGANGSMANAGEMENT IM LANDE BREMEN

- Besonderheiten:
 - Politisch gewollt
 - Lange Tradition der Förderung des ambulanten Bereichs
 - Gute Kooperation mit Freien Trägern der Straffälligenhilfe
 - Eigene Projektabteilung beim SJV
 - Gestaltung und Akquirierung der Projekte (heißt: Drittmittelförderungen einwerben)
 - Gute Kooperation mit dem Senator für Arbeit (ESF-Abteilung)



Der Senator für
Justiz und Verfassung



hoppenbank e.V.



Soziale Dienste der Justiz
im Lande Bremen



WIE SOLLTE EINE ERFOLG-VERSPRECHENDE INTEGRATIONSARBEIT AUSSEHEN? I

- Bearbeitung der akute Problemlagen / Krisen zuerst.
- Aufbau einer Komm-Struktur
 - Konkrete, praktische Angebote; Gestaltung von Situationen mit einer Bindungswirkung
- Der Umgang mit Veränderungen
 - Sicherheit gebende geregelte Strukturen versus Veränderungen der Lebenssituation (als Bedrohung angesehen; verbunden oft mit einer Angst vor einem Scheitern).
- Die bisherigen Erfahrungen der Klientel sind meist Erfahrungen des Scheiterns. Im Umgang mit Behörden: auf Scheitern wird mit Sanktionen reagiert (Disziplinierungen; Geldstrafen und Freiheitsstrafen im Strafsystem; Leistungskürzungen im Sozialsystem, Verlust der Wohnraums u.a.). Aufgrund ihrer Lebenslage ist ihr Handeln geprägt durch Unregelmäßigkeit, Unzuverlässigkeit, Rückfälle. Die institutionelle Reaktion auf derartige Rückschläge sind einer beabsichtigten Veränderung der Lebensweise oft nicht förderlich.



WIE SOLLTE EINE ERFOLG-VERSPRECHENDE INTEGRATIONSARBEIT AUSSEHEN? II

- Für den Integrationsprozess bedeutet dies, Rückschläge als Teil des Gesamtprozesses zu deuten.
- Wie ein Integrationsprozess umsetzbar ist, der
 - a) langfristig über einen Zeitraum von 3-5 Jahren gedacht ist,
 - b) Prozessarbeit: Rückfälle, Phasen des Rückzugs u.a. mit beachtet und
 - c) gleichwohl nicht repressiv ausgerichtet ist, sowie
 - d) (angesichts der Rahmenbedingungen) Zukunftschancen offen hält?
- Aus praktischer Sicht ist er dergestalt notwendig. Verwaltungstechnisch und fördertechnisch ist bei einer derartigen Strategie mit deutlichen Umsetzungsschwierigkeiten zu rechnen.
- Für die Praxis gerade mit besonders schwierigen Klienten und bei langwierigen Verläufen die Notwendigkeit einer Strategie der kleinen Schritte – Vertrauensaufbau dauert seine Zeit ebenso wie der Aufbau neuer sozialer Einbindungen.



Der Senator für
Justiz und Verfassung



hoppenbank e.V.



Soziale Dienste der Justiz
im Lande Bremen



WAS ERGIBT SICH AUS DER PRAXIS ALS BESTIMMUNG VON ZIELSETZUNGEN SOZIALER ARBEIT?

- Notwendigkeit einer Prozessorientierung
 - Lange Verläufe der Klienten (positiv, negativ)
 - Auftreten neuer Problemlagen, Krisen
 - Veränderungen in den Rahmenbedingungen
 - Neue politische und soziale Entwicklungen
 - Damit: Ständige Änderung der Anforderungen / neue Herausforderungen
- Umsetzung
 - Gemeinsame Zielvorstellungen
 - Von den einzelnen Institution mit den ihr möglichen Gegebenheiten bearbeitet
 - Keine Konkurrenz, gemeinsame Strategie – Bearbeitung von Schnittstellenproblematiken
 - Auch: Lobby für das Klientel
 - Integrativer / ganzheitlicher Ansatz
 - Hilfe – Kontrolle – Vernetzung – Integration



ERGEBNISSE

- Einzelfallorientierung
 - Besonderheiten des Einzelfalles beachten versus Fall unter standardisiertes Vorgehen subsumieren
 - Umgang mit Unsicherheiten, spontanen Veränderungen und akuten Krisen (begrenzte Vorhersehbarkeit und Steuerbarkeit)
 - Steuerung des Prozesses
- Beziehungsarbeit
 - Lebenslagenbezug
 - Persönliche Entwicklungen ‚anstoßen‘ / Zur Veränderung anregen
 - Vertrauen in die Entwicklungsfähigkeit der Person
- Kontrolle und Unterstützung/Hilfe
 - Justizielle Kontrolle: Beachtung von Auflagen und Weisungen
 - Durch Herstellung von Transparenz beherrschbar
 - Interaktive Kontrolle und Unterstützung
 - Fokus auf Bearbeitung von Problemlagen mit Fokus auf sozialer Integration
 - Arbeit auf Augenhöhe
 - Auf Fehlentwicklungen hinweisen, gegensteuern
 - Praktisch: z.B. Einhaltung von Mitwirkungspflichten



Der Senator für
Justiz und Verfassung



hoppenbank e.V.



Soziale Dienste der Justiz
im Lande Bremen



AUSBLICK

- Prozesscharakter beachten
 - They all come back
 - Der Gefangene von heute ist Ihr Nachbar von morgen.
- Prozessorientierung
 - Notwendig aufgrund ständiger Veränderungen der Bedarfe und Möglichkeiten
 - Notwendigkeit angesichts der Vielfalt und Differenziertheit sozialer Arbeit
- Vernetzung: ein Bottom-up – Top-Down Prozess
 - Wissenstransfer (Bedarfe der Praktiker – politische u.a. Rahmenbedingungen)
 - Schnittstellenproblematiken schnell erkennen und ggf. hierauf reagieren
- Offensiv am politischen Prozess beteiligen
- Weiterhin: stark abhängig vom persönlichen Engagement (bei allen Beteiligten, auf allen Ebenen)
- Vernetzung: sollte politisch gewollt sein

Insofern: weiter eine ‚unendlichen Geschichte‘



Der Senator für
Justiz und Verfassung



hoppenbank e.V.



Soziale Dienste der Justiz
im Lande Bremen



VIELEN DANK FÜR IHRE AUFMERKSAMKEIT.

Kontakt:

Dr. Eduard Matt Senator für Justiz 0421-361-10870 eduard.matt@justiz.bremen.de

Das Projekt „WieNeT – Aufbau eines Wiedereingliederungs-Netzwerkes in Bremen“ wird im Rahmen des „Programms ESF-Integrationsrichtlinie Bund – Handlungsschwerpunkt Integration statt Ausgrenzung (IsA)“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds gefördert.



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales



Zusammen.
Zukunft.
Gestalten.



Literatur

- Arbeitskreis HochschullehrerInnen Kriminologie/Straffälligenhilfe in der Sozialen Arbeit (Hrsg.): Kriminologie und Soziale Arbeit. Weinheim 2014
- Bammann, Kai; Ralf Bührs; Bernd Hansen; Eduard Matt (Hrsg.): Bildung und Qualifizierung im Gefängnis. Oldenburg 2008
- Cornel, Heinz; Frieder Dünkel; Ineke Pruin; Bernd-Rüdiger-Sonnen; Jonas Weber: Diskussionsentwurf für ein Landesresozialisierungsgesetz. Mönchengladbach 2015
- Cornel, Heinz; Gabriele Kawamura-Reindl; Bernd-Rüdiger Sonnen (Hrsg.): Resozialisierung. Handbuch. Baden-Baden 2018⁴
- DBH (Hrsg.): Übergangsmanagement für junge Menschen zwischen Strafvollzug und Nachbetreuung. Handbuch für die Praxis. Köln 2012
- Hochschule Luzern: Werkstattheft: Soziale Arbeit mit Pflichtklientinnen und Pflichtklienten. Theoretische Positionen – methodische Beiträge – neue Perspektiven. Ms. Luzern 2012 (online)
- Kawamura-Reindl, Gabriele; Sabine Schneider: Lehrbuch Soziale Arbeit mit Straffälligen. Weinheim 2015
- Klug, Wolfgang; Heide Schaitl: Soziale Dienste der Justiz. Perspektiven aus Wissenschaft und Praxis. Mönchengladbach 2012
- Matt, Eduard: Übergangsmanagement und der Ausstieg aus Straffälligkeit. Herbolzheim 2014
- Matt, Eduard: Die Perspektive Übergangsmanagement im Straffälligenbereich – Ausstiegsforschung, Soziale Arbeit und Restorative Justice. In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 99, 2016, S. 269-284
- Maelicke, Bernd; Christopher Wein: Komplexleistung Resozialisierung. Im Verbund zum Erfolg. Baden-Baden 2016
- Reichenbach, Marie-Therese; Sabine Bruns (Hrsg.): Resozialisierung neu denken. Wiedereingliederung straffällig gewordener Menschen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Freiburg 2018
- Schweder, Marcel (Hrsg.): Handbuch Jugendstrafvollzug. Weinheim 2015
- Walsh, Maria et al. (Hrsg.): Evidenzorientierte Kriminalprävention in Deutschland. Wiesbaden 2018